

Dies garantiert eine hohe Qualität der getroffenen Aussagen und stärkt das freie Mandat jedes einzelnen Abgeordneten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen arbeitsreichen und spannenden Plenartag. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. Ich möchte Sie gerne darauf aufmerksam machen, dass Sie damit zwar § 31 – Erklärung außerhalb der Tagesordnung – formal genutzt haben, gleichzeitig aber § 36 – Sach- und Ordnungsruf – Abs. 4: „Die Ordnungsmaßnahmen und der Anlass hierzu dürfen in der Sitzung nicht zum Gegenstand von Erörterungen gemacht werden“, verletzt haben.

(Zuruf von Michele Marsching [PIRATEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach diesen Vorbemerkungen treten wir in die Beratung unserer **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

1 Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5293

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der vergangenen Woche haben wir turnusmäßig die Zahlen für das kommende Kindergartenjahr veröffentlicht. Diese neuen Zahlen machen noch einmal ganz deutlich: Wir haben in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Kommunen, gemeinsam mit den Trägern, auch gemeinsam mit dem Bund die Trendwende im Ausbau der Kindertageseinrichtungen für unter Dreijährige geschafft. Rund 155.000 Plätze – erstmalig auch wieder ein Zuwachs bei den Plätzen für über Dreijährige – haben wir erreicht. Über diesen Quantensprung bei der Kindertagesbetreuung, wie es in einigen Zeitungskomentaren stand, freue ich mich sehr.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen die Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch besser unterstützen. Wir wollen den Kindern bessere Bildungschancen eröffnen, und zwar von Anfang an. Deshalb werden wir die frühe Bildung in Nordrhein-Westfalen weiter stärken.

Ausbau und Qualitätssicherung gehen in unserem Bundesland Hand in Hand. Parallel zum U3-Ausbau haben wir mit dem Ersten KiBiz-Änderungsgesetz für mehr Qualität gesorgt. Vor allem haben wir den Personalschlüssel für die unter dreijährigen Kinder deutlich verbessert. Diese Qualitätsoffensive führen wir mit dem nächsten Schritt der Revision des Kinderbildungsgesetzes konsequent weiter.

Unsere Ziele, die wir zum kommenden Kindergartenjahr erreichen wollen, sind vor allem die gesetzliche Stärkung des Bildungsauftrags der frühkindlichen Bildung insgesamt, die Neuausrichtung und Stärkung der sprachlichen Bildung von Beginn an, mehr Bildungsgerechtigkeit und bessere Bildungschancen für alle Kinder; denn wer es schwer hat, der braucht auch mehr Unterstützung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Weiterhin geht es uns um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Personal.

Meine Damen und Herren, mit der starken Betonung und der erstmaligen Definition des Bildungsauftrages im Gesetz werden wir die Sprachbildung und individuelle Sprachförderung neu ausrichten. Wir setzen zukünftig auf eine alltagsintegrierte und kontinuierliche Sprachförderung von Anfang an. Das gesamte bisherige Verfahren der externen punktuellen Testung muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Delfin-4-Verfahren werden wir in den Kitas 2014 letztmals durchführen, in diesem Jahr also das letzte Mal.

Mir ist es sehr wichtig, eines zu betonen: Für Kinder, die keine Kindertageseinrichtung besuchen, bleibt es beim bisherigen Verfahren.

Ich freue mich übrigens sehr, dass die Expertinnen und Experten in der Anhörung in der vergangenen Woche unseren neuen Weg bei der Sprachförderung sehr begrüßt haben. Ich freue mich auch, dass unsere Bemühungen, insgesamt für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, bei der Verbändeanhörung ausdrücklich gewürdigt worden sind.

Kinder, die in benachteiligten Lebenslagen aufwachsen, haben nicht weniger Potenziale und nicht weniger Begabungen. Sie und ihre Familien benötigen jedoch mehr Unterstützung, um ihre Stärken und Möglichkeiten zu entfalten.

Wir wollen deshalb Ungleiches nicht länger gleich behandeln. Tageseinrichtungen, die in ihrem sozialen Umfeld viele Kinder besonders intensiv bei der Entwicklung unterstützen und Benachteiligungen ausgleichen müssen, brauchen zusätzliches Personal.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen für diese Einrichtungen zusätzliche Landesmittel zur Verfügung stellen. Dafür haben wir rund 45 Millionen € pro Jahr eingeplant. Diese plusKITAs sollen davon mindestens fünf Jahre lang mit einem Festbetrag in Höhe von mindestens 25.000 € profitieren. Das ist mindestens eine halbe Stelle mehr pro plusKITA.

Wir wollen aber gleichzeitig alle Einrichtungen zusätzlich unterstützen und das Personal insgesamt entlasten. Auch das ist uns sehr wichtig. Denn die Kinder kommen immer jünger in den Kindergarten, ihre familiären Hintergründe sind vielfältiger geworden, und mehr Kinder – das zeichnet sich ab – nehmen zum Beispiel am Mittagessen teil.

Zur weiteren Entlastung sollen deshalb alle Einrichtungen eine Verfügungspauschale erhalten. Wir wollen damit die Teams durch mehr Personal unterstützen. Dafür werden wir jährlich 55 Millionen € zusätzlich einsetzen.

Darüber hinaus haben wir weitere wichtige Verbesserungen vorgesehen, zum Beispiel ein einheitliches Bedarfsanzeigeverfahren, das mehr Transparenz und mehr Rechtssicherheit bei der Anmeldung und bei der Platzsuche schafft, eine Planungsgarantie, die Sicherheit für Träger und Personal schafft, eine Schärfung des Profils der Kindertagespflege und mehr Unterstützung für diesen wichtigen Bereich.

Ich freue mich im Übrigen auch sehr darüber, dass der Referentenentwurf bei der Verbändeanhörung eine durchaus breite Zustimmung gefunden hat und dass auch das finanzielle Engagement des Landes anerkannt wird.

Für diesen Schritt in der KiBiz-Revision werden wir ab dem kommenden Kindergartenjahr, also ab dem 1. August 2014, weitere insgesamt rund 100 Millionen € zur Verfügung stellen. Damit ergibt sich für das gesamte KiBiz-Revisionspaket ein Gesamtvolumen von jährlich zusätzlich 390 Millionen € an Landesmitteln.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein Hinweis sei erlaubt: Die vorgeschlagenen Verbesserungen, die in dieser KiBiz-Revisionsstufe von uns vorgesehen sind, werden ausschließlich durch Landesmittel finanziert. Das üblicherweise im Kinderbildungsgesetz angelegte System, sozusagen eine paritätische Finanzierung durch Kommunen, Träger und das Land, ist seit vier Jahren nicht mehr umgesetzt worden.

Mein Appell geht an die Kommunen. Wir bleiben im Dialog, dass wir auch in Zukunft gemeinsam unsere Positionen weiterentwickeln; denn das brauchen die Kindertageseinrichtungen, das brauchen die jungen Familien in Nordrhein-Westfalen. Wir wissen, dass Kinder- und Familienfreundlichkeit für die Kommunen inzwischen ganz harte Standortfaktoren sind.

Meine Damen und Herren, die qualitativen Verbesserungen dieser Revisionsstufe, die wir im engen Dialog – auch das ist für mich sehr wichtig – mit allen Beteiligten erarbeitet haben, werden die frühe Bildung in Nordrhein-Westfalen weiter deutlich stärken; davon bin ich fest überzeugt. Das kommt allen zugute: den Kommunen, den Trägern, den Beschäftigten in den Einrichtungen und in der Kindertagespflege. Vor allem aber kommt es den Eltern und den Kindern in unserem Land zugute. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Jörg das Wort.

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen hat seit 2010 den Etat im Elementarbereich verdoppelt. Kein anderes Land in der Bundesrepublik hat eine derartige Dynamik in diesem Bereich entfaltet wie Nordrhein-Westfalen. Darauf sind die koalitionsstragenden Fraktionen besonders stolz. Da macht uns in ganz Deutschland keiner etwas vor.

(Beifall von der SPD)

Die Ministerin hat es gerade schon gesagt: Auch mit dem zweiten Revisionsschritt, den wir wieder alleine finanzieren müssen, gehen wir einen großen Schritt hin zu mehr Chancengerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen. Das hat meiner Fraktion besonders am Herzen gelegen. Wir wissen, dass wir in einer sozialen Immobilität leben; das heißt, der soziale Stand der Eltern entscheidet darüber, welche Bildung ein Kind bekommt. Das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die wir mit diesem Gesetz ein Stück weit aufheben wollen.

(Beifall von der SPD)

Es ist für mich, der selber aus einfachen sozialen Verhältnissen kommt, unerträglich, dass junge Menschen, egal welche Begabung sie haben, keine Aufstiegschancen haben. Dagegen müssen wir doch alle gemeinsam, gleich von welcher Partei, etwas unternehmen. Von daher hoffe ich, dass wir in diesem Bereich auch die Zustimmung der Opposition bekommen.

Ich will noch einmal deutlich sagen, dass ich mich sehr darüber freue – die Ministerin hat es schon angesprochen –, dass wir das Ganze sehr kommunikativ gestalten. Ich kann mich an Schwarz-Gelb erinnern: Als sie damals das KiBiz gemacht haben, da saßen sie untereinander am Tisch und haben weder mit Eltern, noch mit Erzieherinnen oder mit sonst jemandem geredet.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir hingegen gehen höchst kommunikativ vor. Allein Rot-Grün macht über 150 Veranstaltungen im Land. Wir versuchen, dialogisch mit den Betroffenen zu diskutieren und zu reflektieren.

Lieber Marcel, die Menschen, mit denen wir uns da treffen – die Erzieherinnen, die Eltern, die Träger –, können uns sagen – auch zu Recht –, wo noch etwas fehlt und was wir besser machen sollten.

Aber nicht Gelb oder Schwarz! Ihr könnt uns da nichts vormachen bei dem, was ihr nach fünf Jahren hier hinterlassen habt. Das war unter aller Kanone!

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Man sieht am KiBiz, wie schwierig es manchmal ist, Strukturen, die einmal zerstört worden sind, wieder aufzubauen. Beim KiBiz wird das besonders deutlich. Wir strengen uns an, wie wir können.

(Zuruf von der CDU: Zu wenig!)

Auch angesichts der Schuldenbremse ist es eine außerordentliche Leistung, innerhalb von vier Jahren den Etat verdoppelt zu haben. Trotzdem sind noch viele Spuren der schwarz-gelben Landesregierung vorhanden, die wir mit diesem Schritt noch nicht verschwinden lassen können.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Es ist dramaturgisch immer etwas problematisch, wenn zunächst die Ministerin spricht und danach die größte Fraktion. Sie hat inhaltlich sicherlich schon alles gesagt.

Ich freue mich jedenfalls, diesen dialogischen Prozess jetzt auch im Parlament und im Ausschuss zu führen, ich freue mich auf die Anhörungen, weil ich der felsenfesten Überzeugung bin – ich habe es bei allen Veranstaltungen bisher auch nur so gehört –, dass die Schritte, die wir machen, in die richtige Richtung gehen.

(Zuruf von der CDU: Eigenlob!)

Wir sind inhaltlich gut aufgestellt. Wir beschreiten einen neuen Weg. Der kommt vor allen Dingen den Kindern in unserem Lande zugute. Und dafür lohnt es sich zu streiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Guten Morgen, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ob dieser Morgen auch ein guter Morgen für unsere Kinder in Nordrhein-Westfalen wird, darf nach Vorlage des neuen Gesetzentwurfes zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes bezweifelt werden.

(Beifall von der CDU)

Frau Ministerin ist wieder mal angefangen mit Zahlen, die ich schon in der Ausschusssitzung massiv kritisiert habe, weil sie eine Schönfärberei darstellen. Man übersieht, dass Quantität nicht gleich Qualität ist.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir reden aber gerade beim Kinderbildungsgesetz über Qualität. Das vergessen die Regierenden anscheinend immer wieder.

Herr Kollege Jörg, ich gehe davon aus, dass man mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Erzieherinnen spricht.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das haben Sie aber nicht gemacht!)

Ich lese auch Ihre Zeitungsartikel. Da lese ich etwas ganz anderes. Wovon reden Sie hier im Parlament? Das ist doch nicht die Wirklichkeit, die Sie im Lande erfahren. Sprechen Sie doch mal mit den Erzieherinnen und Erziehern! Dann werden Ihnen auch die Argumente der Ministerin widerlegt.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie haben den Personalaufbau abgekoppelt vom Platzaufbau. Der Platzaufbau ist höher als der Personalaufbau. Die Ausbildungskapazitäten kommen nicht mehr nach. Wo können Sie denn neue Gruppen mit weniger Kindern in den Gruppen einrichten? Das ist doch eine Illusion, das entspricht doch gar nicht der Wirklichkeit. Kommen Sie mal wieder auf die Tatsachen zurück.

Meine Damen und Herren, wir von der CDU-Fraktion müssen leider feststellen: Das seit Langem versprochene grundlegend und umfassend geänderte Kinderbildungsgesetz von Rot-Grün kommt nicht. Es gibt wieder einmal nur eine Miniaturausgabe. Rot-Grün praktiziert das von der schwarz-gelben Regierung 2007 verabschiedete und 2008 in Kraft getretene Kinderbildungsgesetz nun schon länger, als wir es in unserer Regierungszeit von 2008 bis 2010 getan haben. Unsere Reform war anscheinend sehr, sehr gut.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Oh! Oh! Oh!)

– Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie hätten es doch eigentlich schon längst ändern wollen. Ich höre noch Ihre Reden, Frau Altenkamp und Herr Jörg, in denen Sie gesagt haben: Wenn wir die Regierung übernehmen, werden wir das Kinderbildungsgesetz sofort abschaffen. – Sie haben vier Jahre nichts getan. Sie behalten es.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie verschlechtern dieses gute Werk allerdings durch Untätigkeit und durch Nichtkenntnisnahme der Herausforderungen

seit Ihrer Regierungsübernahme von Monat zu Monat. Das können Sie einfach nicht mehr machen.

Ich verweise dazu auf die Ergebnisse von Prognos zur KiBiz-Evaluation aus Dezember 2010: Zwischen 50 % bis 75 % der Einrichtungen wünschen sich deutlich mehr Zeit für die Dokumentation, mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung, mehr Zeit für die pädagogische Arbeit mit den Kindern.

(Zuruf von der SPD)

52 % der Eltern wünschen sich kleinere Gruppengrößen. 54 % der Eltern wünschen sich mehr Erzieherinnen in einer Gruppe. Eine gute Kinderbetreuung sind für Eltern die Förderung sozialer Fähigkeiten und die Förderung der Eigenständigkeit.

Und was machen Sie daraus, meine Damen und Herren, seit Ihrem Regierungsantritt vor vier Jahren? Sie erfüllen diese Erwartungen und berechtigten Forderungen nicht. Im Gegenteil! Sie verschlimmern die Situation in der Kita und der Kindertagespflege und geben lieber dreistellige Millionensummen als Wahlgeschenk an Besserverdienende, statt sich um eine angemessene Vergütung und Bezahlung von Erzieherinnen zu kümmern.

(Beifall von der CDU)

Schon die erste Novellierung des Kinderbildungsgesetzes in 2011 von Ihnen war grottenschlecht. Die Gelingensbedingungen haben sich durch Ihre ideologisch rot-grün gefärbte Gesetzgebung radikal verschlechtert.

(Zurufe von der SPD)

Den notwendigen Herausforderungen haben Sie sich nicht gestellt. Das kommt einer Arbeitsverweigerung nah.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist Wahlkampfgetöse, was Sie da machen!)

Und nun diese zweite Novellierung, die uns jahrelang als große Reform versprochen und angekündigt wurde. Wenn man bisher noch hoffte, Rot-Grün würde zur Vernunft kommen, sieht man sich nach dem Lesen des neuen Gesetzentwurfes tief enttäuscht. Diese rot-grüne Show-Veranstaltung wird erneut dazu führen, dass sich die Situation in unseren Kitas verschlechtert. Auch die Tagespflege wird die berechtigten Hoffnungen auf eine wesentliche Verbesserung ihrer Situation auf lange Sicht beerdigen können.

(Beifall von der CDU)

Ich stelle fest: Rot-Grün enttäuscht abermals die Familien, Träger, Tagesmütter, Tagesväter sowie die Erzieherinnen. Rot-Grün lässt Kinder zurück.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Meine Damen und Herren, eigentlich müsste die rot-grüne Landesregierung die Dramatik im Kita-

und Tagespflegebereich kennen. Die Presseberichte aus dem ganzen Land, die Berichte über die Veranstaltung am 18. – Frau Asch kann ja von ihrer Veranstaltung am 18. berichten –, die Notbriefe an Regierung und Parlament, die Debatten und Gespräche im Landtag, im Fachausschuss, die Besuche vor Ort, Herr Jörg, hätten doch eigentlich dazu führen müssen, dass zumindest die Problembeschreibung im Gesetzentwurf realitätsnah ist. Aber auch diesmal: Fehlanzeige bei Rot-Grün! Keine Nennung der nicht mehr kostendeckenden Pauschale, keine Nennung der Qualitätsverluste, keine Nennung der steigenden Krankenstände, keine Nennung des Mangels an Ü3-Plätzen, keine Nennung der Probleme der Zweckbindung, keine Nennung der Probleme bei der Umsetzung der Inklusion und auch keine Nennung des Problems des Fachkräftemangels usw. usw.

Wie beim ersten rot-grünen Reförmchen 2011 peitscht Rot-Grün wieder einmal einen unausgereiften Gesetzentwurf durch, ohne die versprochenen Beteiligungsmöglichkeiten angemessen zu berücksichtigen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Insofern widerspreche ich Herrn Wolfgang Jörg massiv. Das war 2007 und 2008 deutlich anders.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

Meine Damen und Herren, versprochen wurde die Vorlage eines Referentenentwurfes bereits in der Sommerpause 2013, dann verschoben und versprochen für die Zeit nach den Herbstferien 2013. Schließlich wird dann mit fast fünfmonatiger Verspätung am 17. Dezember 2013 ein Entwurf übersandt. Wiederum zu einer Verzögerung kam es letzte Woche bei der Einbringung. Diese dilettantische Vorgehensweise wird zu erheblichen Umsetzungsproblemen vor Ort führen; das sage ich Ihnen jetzt schon.

(Beifall von der CDU)

Das geht dann mal wieder, wie unter Rot-Grün üblich, zulasten der Träger und der Erzieherinnen.

Herr Jörg, bei unserem Entwurf hatten die Erzieherinnen, die Träger und die Kommunen zehn Monate Zeit, den Gesetzestext umzusetzen.

(Widerspruch von Britta Altenkamp [SPD])

Haben Sie überhaupt schon einmal nachgerechnet, wieviel Zeit den Erzieherinnen bleibt? Wieviel Zeit lassen Sie den Erzieherinnen angesichts der Ferienzeiten, den Gesetzentwurf umzusetzen? Nicht einmal einen Monat! Das finde ich unverschämt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Interessant ist auch die Geringschätzung des Ministeriums gegenüber dem Parlament. Das Ministerium nimmt für sich in Anspruch, den Referentenentwurf

fast zwei Monate auswerten zu dürfen. Dem Parlament gibt man zur Auswertung der Anhörung des Gesetzentwurfs nur einen Zeitraum von maximal drei Wochen. Das ist Arroganz der Macht!

(Beifall von der CDU sowie Marcel Hafke [FDP] und Daniel Düngel [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, das, was Sie hier vorgelegt haben, ist ein Armutszeugnis zulasten unserer Kinder. Es bleibt nur zu hoffen, dass Sie von Rot-Grün den Mut aufbringen, die jetzt schon vorliegenden zum Teil massive Kritik aufzunehmen und im weiteren Gesetzgebungsverfahren zur Vernunft zu kommen. Wir appellieren an Sie als Regierungskoalition – insbesondere an die nachdenklichen Kräfte in der SPD –, Ihren Entwurf an die tatsächlichen Bedarfe und deren Herausforderungen anzupassen, die Hinweise der Wissenschaft, der Praxis und der Experten ergebnisoffen zu werten. Auf Ihre Reaktion sind wir gespannt. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Besucherinnen! Ich muss schon sagen: Es fällt mir einigermaßen schwer, diesen Redebeitrag aus der CDU-Fraktion ernst zu nehmen und ihm auf einer ernsthaften Ebene zu begegnen. Die CDU-Fraktion bietet uns hier ein Ausmaß an Heuchelei, das nicht mehr seriös zu nennen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie stellen sich außerhalb einer Diskussion, die Rot-Grün daran orientiert, die Bedingungen für Eltern, Kinder und Erzieherinnen in diesem Land stärken zu wollen. Sie von der CDU-Fraktion haben mit dieser Rede ein weiteres Mal gezeigt, dass Sie kein Interesse an diesem Themenbereich haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Nicht nur, dass Sie während Ihrer Regierungsverantwortung die Kitas ausgeblutet und den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendpolitik an die Wand gefahren haben, nein, jetzt sagen Sie: An weiteren Reformen und Reformprozessen beteiligen wir uns nicht! – Das ist verfehlte Politik, die sich gegen Kinder, Jugendliche und Familien richtet. Das ist die Politik der CDU-Fraktion.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir, Rot-Grün, setzen mit dem Gesetzentwurf den Prozess fort, den wir bereits mit dem Ersten KiBiz-Änderungsgesetz begonnen haben. Wir haben nämlich, als wir 2010 die Regierung übernommen haben, den Schalter umgelegt. Wir haben die fünf Jahre der ständigen Kürzungen und Deformationen

im Kinder- und Jugendbereich zurückgenommen. Wir haben gegengesteuert. Wir sind auf dem Weg, die Eltern, die Kommunen und die Kinder zu stärken.

(Andrea Milz [CDU]: Ja, ja, ja!)

Das haben wir bereits im dem Ersten KiBiz-Änderungsgesetz mit besseren Personalstandards – vor allen Dingen im U3-Bereich – getan, mit einer Stärkung der Elternmitbestimmung. Auch dort ist uns die CDU-Fraktion nicht gefolgt.

In den letzten eineinhalb Jahren stand der erfolgreiche Ausbau der U3-Betreuung im Mittelpunkt unserer Anstrengungen. Die Ministerin hat es eben gesagt: Hier haben wir es mit einem deutlichen Ausbau erreicht, dass der Rechtsanspruch in Nordrhein-Westfalen übererfüllt werden konnte. Das ist ein Quantensprung. Das ist eine Riesenleistung.

Wir werden die Qualität in den Einrichtungen erneut verbessern. Ich möchte einige Punkte herausgreifen, an denen deutlich wird, dass wir die Situation der Kinder, der Familien, der Einrichtungen und der Erzieherinnen in Nordrhein-Westfalen substantiell verbessern:

Erstens. Wir stellen 55 Millionen € für eine sogenannte Verfügungspauschale zur Verfügung, mit der zusätzliches Personal finanziert werden kann. Damit können in den Einrichtungen zusätzlich 6.000 Plätze geschaffen werden.

Zweitens. Wir schaffen einen neuen Einrichtungstyp, die plusKITA und begegnen damit der bedrückenden Kinderarmut, die in Deutschland überall noch auf einem Niveau ist, das wir so gemeinsam nicht hinnehmen können. Wir werden mit diesem neuen Einrichtungstyp vor allen Dingen Kinder aus benachteiligten Familien fördern und dafür sorgen, dass diese Kinder bessere Startchancen in ihr Leben, für ihre Bildungsbiografie bekommen.

Das ist wichtig, damit sie aus der vererbten Armut und der Armutsspirale der benachteiligten Familien ausbrechen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Drittens. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen im Gesetzentwurf wird eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Wir haben eine Regelung geschaffen, dass die Betreuungskosten für Kinder, die außerhalb ihrer Gemeindegrenzen zum Beispiel in einer Betriebskita oder einer Einrichtung mit einem besonderen Profil betreut werden sollen, entsprechend übernommen werden.

Viertens. Ganz wichtig: Wir haben die Sprachförderung in Angriff genommen und werden sie neu aufstellen. In der letzten Woche hatten wir hier im Raum eine Anhörung, die sehr deutlich gezeigt hat, dass Delfin 4 nicht den Anforderungen entspricht, die an eine objektive und valide Sprachstandserhebung gestellt werden müssen. Mit diesem Test wer-

den nämlich nicht die Sprachkompetenzen der Kinder erhoben, sondern es wird viel mehr die Sprechresistenz der Kinder getestet. Das wollen wir ändern.

Wir werden ein Beobachtungsverfahren entwickeln, das von den Erzieherinnen selbst durchgeführt wird, und den Einrichtungen die Möglichkeit geben, die Kinder kontinuierlich zu beobachten und den Sprachstand festzustellen. Die Kinder werden dann in ihrer Sprachentwicklung adäquat gefördert.

Meine Damen und Herren, alle diese Maßnahmen – auch das muss gesagt werden – finanzieren wir als Land alleine. Wie schon beim Ersten KiBiz-Änderungsgesetz sind die Kommunen nicht bereit, diese Verbesserungen mitzutragen. Wir bedauern das sehr, weil wir mit dem Zweiten KiBiz-Änderungsgesetz und dem Belastungsausgleich als Land mittlerweile 53% der Kitafinanzierung schultern.

Das ist eine Unwucht. Sie entspricht nicht der gesetzlichen Verantwortungszuweisung, nach der nämlich die Verantwortung für die frühkindliche Betreuung den Kommunen übertragen wurde. Wir müssen mit den Kommunen diskutieren, dass wir zukünftig wieder in eine paritätische Finanzierungsform für unsere Kindertageseinrichtungen zurückkehren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein Weiteres: Wir erwarten vom Bund, dass er sich an dieser wichtigen Aufgabe der Kindertagesbetreuung beteiligt. Wir erwarten, dass das, was in der Koalitionsvereinbarung des Bundes versprochen wurde – dass den Ländern und den Kommunen tatsächlich 6 Milliarden € zur Verfügung gestellt werden –, geschieht und dass es nicht – wie es sich jetzt bei Eingliederungshilfe abzeichnet – bei hohlen Versprechungen bleibt. Auch der Bund ist gefordert, seinen Finanzierungsanteil für die frühkindliche Bildung zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und bin sehr gespannt darauf, ob es aus der CDU-Fraktion über deren Mäkeleien und unrichtigen Sachdarstellungen hinaus Gestaltungsvorschläge bzw. substantielle Vorschläge zu diesem Gesetzentwurf geben wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, wenn man Sie an Ihren eigenen Maßstäben messen will, sind Sie mit Ihrem Gesetzentwurf krachend gescheitert. Von dem

angekündigten Paradigmenwechsel beim Kinderbildungsgesetz ist kaum etwas übrig geblieben:

(Beifall von der FDP)

kleine Verbesserungen, die nicht weit genug gehen, und große Veränderungen, die in die falsche Richtung gehen. Der Zeitplan zeigt, dass Ihnen nichts, aber auch überhaupt nichts an einer vernünftigen und sachorientierten Debatte gelegen ist. Das Ganze soll innerhalb von zwei Monaten durchs Parlament gepeitscht werden. Damit wird vielleicht gerade einmal den formalen Vorgaben Genüge getan, aber mit einer qualitativen Beratung hat das nichts zu tun.

(Beifall von der FDP und Nicolaus Kern [PIRATEN])

Weil wir auch heute immer wieder davon gehört haben, ein Wort zum schwarz-gelben Kinderbildungsgesetz: Das Kinderbildungsgesetz, das CDU und FDP auf den Weg gebracht haben, ist 2008 in Kraft getreten. Bekanntermaßen haben wir bis 2010 regiert. Seitdem regieren SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen. Wir schreiben mittlerweile das Jahr 2014. Nach meiner Rechnung – ich hoffe, das stimmt bei Ihnen genauso – sind zwei Jahre weniger als vier Jahre. Sie tragen die Verantwortung für dieses Kinderbildungsgesetz. Deswegen müssen Sie hier die Verantwortung für die schlechte Situation der Erzieherinnen und Erzieher im Land Nordrhein-Westfalen übernehmen.

(Beifall von der FDP)

Schon bei den ersten Änderungen 2011 gab es große Worte und kleine Taten: eine zusätzliche U3-Pauschale, eine Erhöhung der Pauschale für Kinder mit Behinderung und dann natürlich die Beitragsfreiheit, die Sie mittlerweile eigentlich selbst bereuen müssten, wenn Sie ehrlich sind; denn das Geld – 150 Millionen € – fehlt nun für die Qualitätsverbesserung.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, bei den jetzt anstehenden Änderungen wird es aber noch schlimmer. Auch bei den wirklich qualitätswirksamen Maßnahmen gab es wieder große Worte und kleine Taten. Zwar wollen Sie 100 Millionen € zusätzlich bereitstellen. So weit, so gut. Dann müssten diese Mittel aber auch bei den Kindern ankommen; aber das tun Sie nicht.

Dazu kommen dann deutliche Verschlechterungen. Insbesondere bei der Sprachförderung werden viele Kinder verlieren. Das ist schlimm genug. Ihr Gesetz produziert aber viele Verlierer zusätzlich. Die Erzieherinnen und Erzieher werden nicht entlastet, sondern zusätzlich belastet. Die Eltern müssen weiter auf ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot warten; denn dafür tun Sie nichts.

Es ist geradezu erschreckend kurzsichtig, dass Sie die Mittel für die Sprachförderung kürzen wollen. Trotz steigenden Bedarfs werden hier zukünftig 2,5 Millionen € jährlich weniger zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall von der FDP)

Diese werden auch noch gedeckelt, obwohl der Bedarf in den nächsten Jahren steigen wird.

Delfin 4 wird für alle Kindergartenkinder abgeschafft. Wie genau aber soll zukünftig die Sprachförderung im Alltag aussehen? Was sollen die Erzieherinnen machen? Wie genau wird ein Sprachförderbedarf überhaupt festgestellt werden? Werden tatsächlich alle Kinder, die sprachförderbedürftig sind, von Ihren Umstrukturierungen profitieren? Wir haben bislang von Ihnen keine Antworten darauf gehört.

(Beifall von der FDP)

Sehr geehrte Frau Kraft, ich bin froh, dass Sie heute dieser Debatte beiwohnen. Sie lassen keine Kamera aus und sprechen in jedes Mikrofon hinein, sie wollten kein Kind zurücklassen. Das, was Sie bei diesem Kinderbildungsgesetz bzw. mit diesen Änderungen anstellen, ist genau das Gegenteil. Sie werden viele Kinder in Nordrhein-Westfalen zurücklassen. Das ist absolut unverantwortlich.

(Beifall von der FDP)

In dem Zusammenhang noch ein Wort zu Delfin 4: Das Verfahren – wir haben das auch gesagt – muss ohne Frage überarbeitet werden. Wir haben das auch in unserem Antrag klargestellt. Jetzt steht aber in allen Zeitungen: Rot-Grün will das Delfin-4-Verfahren abschaffen. Da schaue ich mir doch einmal das Gesetz an: Darin steht doch etwas ganz anderes. Es steht darin, dass Sie das Delfin-4-Verfahren für 10 % aller Kinder in Nordrhein-Westfalen nach wie vor so lassen, wie es ist. Sind Ihnen diese 10 % der Kinder eigentlich egal? Oder machen Sie für die überhaupt gar keine Politik mehr?

(Beifall von der FDP)

Das ist keine Politik im Sinne von „kein Kind zurücklassen“. Nehmen Sie die Verantwortung für diese Kinder hier in Nordrhein-Westfalen auch wahr.

Meine Damen und Herren, nicht nur bei der Sprachförderung droht der Praxisschock. Sie schreiben mit vagen Bestimmungen etwas in Ihr Gesetz, und die Einrichtungen vor Ort dürfen dann schauen, wie sie dieses wieder umsetzen. Genauso ist es dann auch mit der Bürokratie. Zu den bereits vorhandenen Dokumentationspflichten kommen neue hinzu. Wer sich einmal den Spaß macht, die entsprechenden Vorgaben zu lesen, fragt sich, wann die Erzieherinnen eigentlich noch ihrer eigentlichen Aufgabe – nämlich der Betreuung und der Bildung der Kinder – nachkommen sollen.

Ich habe Ihnen das einmal aufgelistet. Dokumentationen werden ab jetzt verlangt: zur Eingewöhnungsphase, zur Bildungsförderung, zur sprachlichen und motorischen Förderung, zur Erziehungspartnerschaft mit den Eltern, zur U3-Betreuung, zur sprachlichen Entwicklung, zur alltagsintegrierten Sprachbildung, zur gezielten individuellen Sprachförderung durch die Erzieherinnen, und das nach Möglichkeit noch in der Muttersprache.

Meine Damen und Herren, ich habe große Sorgen, dass wir mittlerweile in den Kindergärten so weit kommen wie in Altenheimen und demnächst noch dokumentieren müssen, wie viel ein Kind getrunken, gegessen, geschlafen und gespielt hat. Das ist doch Irrsinn! Vertrauen Sie den Erzieherinnen und nehmen Sie diese Dokumentationspflichten zurück!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, alleine schon wegen dieser zusätzlichen Bürokratiebelastung verfehlt Ihre Entlastungspauschale völlig die Wirkung. Wenn Sie hier etwas dazugeben und dann dort wieder etwas draufsatteln, funktioniert das nicht – zumal die zusätzliche Pauschale vor allem für kleine Einrichtungen zu niedrig ausfallen wird, um spürbare Verbesserungen zu erreichen.

Wenn wir wissen wollen, Frau Ministerin, was Ihre 55 Millionen € – das ist eine große Zahl – im Ergebnis tatsächlich bedeuten, muss man es auf alle Kindergärten umrechnen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 9.600 Kindergärten. Das macht Pi mal Daumen 6.000 € pro Einrichtung. Davon kann doch noch nicht mal eine 400-€-Kraft bezahlt werden. Das heißt, die Entlastung kommt bei den Kindergärten und bei den Erzieherinnen und Erziehern überhaupt nicht an.

Meine Damen und Herren, zwischen dem Referentenentwurf und dem jetzt vorliegenden offiziellen Gesetzentwurf gibt es dann noch eine gravierende Änderung, das Zuzahlungsverbot bei der Kindertagespflege. Das Thema „Verbesserungen für die Tagespflege“ ist ja auch nicht ganz neu. Wir haben das hier im Ausschuss lange diskutiert.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Wir haben es vor einigen Monaten auch in den Ausschuss eingebracht. Hier ist dann sehr lange nichts passiert. Zum Schluss haben Sie unseren Antrag der FDP-Fraktion abgeschrieben und das Zuzahlungsverbot extra nicht reingeschrieben. Jetzt plötzlich ist es im Gesetzentwurf wieder da.

Deswegen die Frage an Sie: Wie erklären Sie das eigentlich in Zukunft den Tagesmüttern und Tagesv Vätern? Die Existenzgrundlage für diese betroffenen Personen, für diese wichtige Berufsgruppe, ist bedroht, wenn man keine privaten Zuzahlungen bei der klammen Situation der Kommunen einfordern darf. Deswegen ist dieser Berufsstand gefährdet.

Ich finde das extrem verantwortungslos nicht nur für die betroffenen Personen,

(Beifall von der FDP und der CDU)

sondern gerade für die Kinder und für die Eltern, die mit den Tagesmüttern zusammenarbeiten.

Abschließend will ich noch auf eine Sache eingehen, nämlich auf das, was nicht in Ihrem Gesetz steht. Das ist ja auch immer wichtig, dass man darauf achtet. Es steht keine konkrete Verbesserung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf drin, keine konkrete Verbesserung für die Flexibilität der Buchungszeiten, keine Verbesserung bei den Öffnungszeiten der Einrichtungen, keine Visionen für die Betriebskindergärten in Nordrhein-Westfalen. Die Versorgungslücken im U3-Bereich finden in dem Gesetz nicht statt. Es werden im Übrigen im Haushalt auch keine neuen zusätzlichen Landesmittel eingestellt, sondern es wird nur noch aus dem Status quo heraus gearbeitet werden.

Deswegen, meine Damen und Herren, kann man abschließend festhalten, dass wir für die Beratungen sehr wenig Zeit haben werden. Deswegen kann man auch schon ein Fazit ziehen. Dieses Fazit ist, dass wir sehr große Enttäuschungen hier vorfinden werden. Es gibt kleine Verbesserungen und ganz große Verschlechterungen. Es wird keine Verbesserungen für die Eltern geben, für die Erzieherinnen und Erzieher nicht. Deswegen würde ich mir wünschen, dass Sie die zusätzlichen Mittel eher in die Kindpauschalen investieren, denn da wären sie vernünftig aufgehoben. Das würde dann auch den Erzieherinnen und Erziehern zugute kommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Bevor ich Herrn Kollegen Düngel für die Fraktion der Piraten das Wort gebe, darf ich die Sitzung für einen ganz kleinen Moment unterbrechen. Denn ich möchte gerne einen **Ehrengast** begrüßen, der auf unserer Zuschauertribüne Platz genommen hat. Es ist **Seine Exzellenz, der Botschafter der Republik Polen, Herr Jerzy Józef Margański**.

Verehrter Herr Botschafter, ich freue mich, dass Sie heute den Landtag Nordrhein-Westfalen besuchen. Ich begrüße Sie ganz herzlich im Namen des Hohen Hauses. Ihr Besuch, Herr Botschafter, ist Ausdruck der engen und freundschaftlichen, ja der ganz besonderen Beziehungen unseres Landes zu Polen im vereinten Europa. Das unterstreicht auch die Arbeit unserer Parlamentariergruppe Nordrhein-Westfalen/Polen, mit der Sie ja heute Morgen bereits zusammengekommen sind, sich ausgetauscht haben und diskutiert haben.

Wir alle wünschen Ihnen einen guten Aufenthalt hier in Nordrhein-Westfalen. Verehrter Herr Botschafter,

Sie sind uns herzlich willkommen heute und auch in Zukunft.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt hat Herr Kollege Düngel für die Piratenfraktion das Wort.

Daniel Düngel (PIRATEN): Exzellenz! Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Wir haben in dieser Debatte viel gehört. Ich glaube, alle meine Vorrednerinnen und Vorredner wissen, wenn sie ein bisschen in sich hineinschauen, dass von allen Seiten eine ganze Menge Polemik dabei war.

(Christof Rasche [FDP]: Oberlehrer!)

– Bitte? Oberlehrer? Ja?

(Christof Rasche [FDP]: Ja!)

Vielleicht ist aber auch viel Enttäuschung mit dabei, möglicherweise schwarz-gelbe Enttäuschung, weil Schwarz-Gelb mittlerweile weiß, dass das KiBiz, als es 2007/2008 geschaffen wurde, ganz sicher kein großer Wurf war, sondern – da zitiere ich die rot-grünen Kolleginnen und Kollegen – KiBiz ist Mumpitz ist seinerzeit ja viel zu hören gewesen. Wir hatten seinerzeit große Demonstrationen auch hier vor dem Landtag. Wir alle wissen, dass das KiBiz in einem Hauruckverfahren ohne großen Dialog durchgepeitscht wurde.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Da, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, haben Sie selbstverständlich recht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Marcel Hafke, lieber Bernhard Tenhumberg, auch Schwarz-Gelb weiß, glaube ich, dass das Verfahren seinerzeit nicht ganz so glücklich gelaufen ist. Selbst der damals zuständige Minister scheint sich ja heute nicht mehr so ganz dafür zu interessieren, wie auch immer.

Ich möchte aus dem Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung zitieren:

„Den erfolgreichen und dialogorientierten KiBiz-Revisionsprozess werden wir weiterführen und mit einem neuen Gesetz abschließen.“

Da möchte ich zunächst die Frage stellen: Diese zweite KiBiz-Revisionsstufe, der Gesetzentwurf, der uns jetzt vorliegt, ist das dieses abschließende Gesetz? Kommt da noch was?

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Das war rhetorisch, Frau Kollegin Altenkamp. Kommt da noch was? Vor allem: Wann kommt da noch was? Die Wahlperiode läuft bis 2017. Sie hatten bislang vier Jahre Zeit, ein schlechtes Kinderbildungsgesetz wirklich gut zu machen.

Ich finde Ihre Verfahrensweise gar nicht schlimm, liebe Frau Ministerin Schäfer, ganz im Gegenteil.

Ich unterstütze dieses schrittweise Verbessern durchaus, was die beiden Revisionsstufen angeht.

Ich gebe auch zu: Auch in dieser Revisionsstufe sind durchaus Verbesserungen enthalten, mit denen wir gut leben können, die wir auch durchaus unterstützen. Ich weiß, dass die Fachleute, Eltern, Familien und Träger auch durchaus Teile davon unterstützen.

Aber dieser Prozess, in dem wir uns da bewegen, dauert schon sehr, sehr lange. Der Kollege Marcel Hafke hat ja quasi zitiert, was ich letzte Woche noch im Ausschuss gesagt habe. Dieses KiBiz, so wie wir es jetzt haben, ist mittlerweile ein rot-grünes Gesetz. Schwarz-Gelb hat es zwei Jahre lang getragen. Rot-Grün trägt dieses Gesetz mittlerweile vier Jahre mit kleinen Verbesserungen, die in der ersten KiBiz-Revisionsstufe eingebracht wurden.

Wir werden also irgendwann noch mal ein neues Gesetz bekommen. Ich bin gespannt. Ich glaube nicht daran, dass das in dieser Wahlperiode sein wird. Aber schauen wir mal.

Ich will zurückkommen auf diesen dialogorientierten Prozess. Das ist jetzt auch mehrfach gesagt worden, dass das so vorbildlich sei, was da gemacht wurde. Das mag durchaus im Vorfeld so gewesen sein, dass viele Veranstaltungen stattgefunden haben. Ich glaube, der Kollege Wolfgang Jörg war es gerade, der von 150 Veranstaltungen gesprochen hat. Das ist gut.

Jetzt kommt es hier im Landtag bei diesem Gesetzentwurf – Bernhard Tenhumberg hat vorhin schon gesagt, dass uns eigentlich schon im Sommer des letzten Jahres versprochen wurde, dass er bald vorgelegt wird – aber zu einem Hauruckverfahren. Von Sommer 2013 bis Frühjahr 2014: Das entspricht nicht wirklich meiner Definition von „bald“.

Der Gesetzentwurf liegt jetzt vor. Wir sind im Endeffekt dazu genötigt, dieses Hauruckverfahren im Ausschuss mitzutragen, weil wir uns selbstverständlich nicht aus formellen Gründen oder Ähnlichem querstellen wollen. Marcel Hafke hat gerade schon gesagt, dass dieses Verfahren den formellen Anforderungen genügt; denn zwei Monate im Landtag: Das reicht.

Der Punkt ist aber – und das hat Bernhard Tenhumberg eben auch gesagt –: Nach der Anhörung, die sehr umfangreich sein wird – es werden sehr viele Sachverständige angehört, die uns sicherlich ganz viele Informationen geben werden –, haben wir maximal drei Wochen Zeit für die Auswertung in den Fraktionen und die anschließende interfraktionale Diskussion, um zu schauen, was wir davon tatsächlich noch mit in den Gesetzentwurf einbringen können.

Andrea Asch hat es eben gesagt: Sie erwartet hier konstruktive Vorschläge aus der Opposition. Das ist ein bisschen schwierig, wenn man nur ganz wenig

Zeit hat. Die Landesregierung hat vier Jahre gebraucht, um Verbesserungen einzuführen, und wir sollen das innerhalb von wenigen Wochen tun. Danke für Ihr großes Vertrauen, das Sie hier in uns legen.

(Beifall von den PIRATEN – Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben sich ja vorher mit dem Thema beschäftigt und nicht erst seit der Einbringung! – Gordan Dudas [SPD]: Was haben Sie von Dezember bis jetzt gemacht? Das lag doch alles vor!)

– Ja, das lag alles vor. Keine Sorge, wir haben auch daran gearbeitet, und von uns werden auch entsprechende Verbesserungen eingebracht werden. Trotz alledem kann das doch selbst in Ihrem Interesse nicht sein. Es kann doch nicht sein, dass Sie dieses Verfahren, das wir am Freitag in einer Sondersitzung beschließen werden, damit wir noch einmal ein paar Tage gewinnen, gutheißen. Selbst als regierungstragende Koalition können Sie kein Interesse an einem solchen Verfahren haben. Kann man so machen, ist aber irgendwie – unparlamentarisch und nicht so gut!

(Beifall von den PIRATEN)

Ich bin also gespannt.

Ich habe gerade gesagt, dass wir einige Punkte, die mit dem Gesetzentwurf eingebracht werden, durchaus teilen. Den Vorschlag einer Verfügungspauschale finde ich im Prinzip ganz interessant. Aber die Fragen, die Marcel Hafke gerade auch gestellt hat, lauten: Wie viel kommt tatsächlich bei den Kitas vor Ort an? Welchen zusätzlichen Effekt hat das tatsächlich? Welche Probleme werden mit der Qualitätsverbesserung in den Kitas tatsächlich gelöst? Ich glaube, das werden in der Tat nicht sehr viele sein.

Eine zweite Baustelle ist die Finanzierung, über die wir schon geredet haben. Sie haben gerade mehrfach gesagt, wir müssten auch wieder mit den Kommunen reden, damit wir hier letztendlich wieder zu einem paritätischen Ausgleich kommen. Das alles hätte durchaus auch schon im Vorfeld geschehen können, um ein gemeinsames Vorhaben vernünftig auf die Beine zu bringen.

Das Gleiche gilt auch in Richtung Bund: Der Bund darf sich hier selbstverständlich nicht aus der Finanzierung heraushalten. Soweit ich weiß, ist die SPD an dieser Großen Koalition im Bund durchaus beteiligt. Bislang ist von dort nicht sehr viel gekommen. Ich hoffe nach wie vor darauf, dass Sie auch bei diesem Punkt Ihr Wort noch einbringen können, um Verbesserungen bei der Finanzierung zu erreichen.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine spannende Anhörung und auf eine weitere interessante Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir hier heute Morgen erleben, ist ein durchaus erlaubtes Manöver, aber letztlich doch durchsichtig.

Ich will das einmal kurz so beschreiben: Indem sie sagen: „Wir haben dieses KiBiz ja nur zwei Jahre lang verantwortet, danach sind Sie in Regierungsverantwortung gekommen, und jetzt ist das ein rot-grünes Gesetz“, versuchen die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP jetzt im Prinzip, vergessen zu machen, dass die gesamte Grundstruktur dieses Gesetzes von ihnen in den zwei Jahren vorher und in den zwei Jahren, in denen das Gesetz seine Gültigkeit entfaltet hat, als das Nonplusultra und als moderne Gesetzgebung im Bereich der Kindergartenförderung gepredigt wurde.

Darüber hinaus: Sie haben in der Zwischenzeit wohl auch erkannt, dass es vielleicht einige Dinge gibt, die verbesserungswürdig sind – so habe ich einige Hinweise des Kollegen Tenhumberg jedenfalls verstanden –, und kritisieren, dass diese in der jetzigen zweiten Revisionsstufe zu wenig berücksichtigt wurden. Damit versuchen Sie gerade, vergessen zu machen, was hier Ihre Verantwortung ist. Die Grundstruktur dieses Gesetzes verantworten nun einmal Sie.

Sie wissen sehr genau, dass nach unserer Regierungsübernahme im Jahre 2010 zwei Dinge passiert sind:

Erstens. Die Konnexitätsklage war erfolgreich. Das war ein ganz entscheidender Baustein für die weitere Diskussion um eine Reform des KiBiz, weil die Kommunen gegen die schwarz-gelbe Landesregierung Recht bekommen haben, die der Auffassung war, dass sie die KiföG-Bundesmittel über das KiBiz abwickeln könnte.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das heißt, Sie haben den Kommunen das Geld, das ihnen zustand, über das Gesetz vorenthalten.

(Marcel Hafke [FDP]: Das ist doch gar nicht wahr!)

Das hat dazu geführt, dass die Kommunen dem Land Nordrhein-Westfalen in Bezug auf die Kindergartenfinanzierung überaus feindselig gegenübergetreten sind.

(Marcel Hafke [FDP]: Quatsch!)

Damit ist die Drittel-Drittel-Drittel-Finanzierung, die wir bis dahin bei der Kitafinanzierung kannten, endgültig aufgehoben worden. Ich muss aber zugeben, dass es an der einen oder anderen Stelle durchaus schon Verschiebungen zulasten der Kommunen gegeben hatte. Es ist auch bis heute ganz schwer,

sie wiederherzustellen, weil die Kommunen sagen: Wir haben damals Recht bekommen, was wir gegen das Land, die schwarz-gelbe Landesregierung und den damaligen Minister Laschet erstreiten mussten, der immer sagte, es sei alles völlig in Ordnung und es würde den Kommunen nichts vorenthalten. Tatsache ist: Sie hatten den Kommunen zu dem Zeitpunkt schon fast 200 Millionen € vorenthalten, was ja keine Kleinigkeit ist. Das muss man ja einmal sagen.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Die Umstellung vom GTK zum KiBiz war so hektisch und schwer – es gab schwerwiegende Veränderungen –, dass uns auch Träger gebeten haben, nicht alles – das galt insbesondere für die Pauschalen – sofort umzustellen.

Bis heute ist jedem im Land klar, dass die Pauschalen eine Unterfinanzierung darstellen. Das ist so, weil mit der Inkraftsetzung des KiBiz von vornherein klar war, dass die Pauschalen schon die tatsächlichen Personalkosten des Jahres 2008 nicht abgebildet haben.

Warum nicht? Zum einen gab es eine Umstellung vom BAT auf den TVöD; dies bedeutete, dass ein Teil der Erzieherinnen schlechter gestellt wurde. Zum anderen gab es danach eben Tarifabschlüsse, nicht zu vergessen den Gesundheitstarifvertrag bei den Erzieherinnen, wobei ver.di versucht hat, das Thema zu heilen, sodass es an dieser Stelle mit 1,5 % nicht mehr abgebildet wurde, weil wir schon damals wussten, dass die Tarifabschlüsse deutlich höher waren als die Dynamisierungspauschale.

Es ist schon ein starkes Stück, mir von Ihnen heute vorwerfen zu lassen, das seien Veränderungen, die alle ein bisschen schwach seien, und wir hätten das Geld in die Pauschalen stecken sollen.

(Widerspruch von der FDP)

Sie wissen doch ganz genau, warum wir das so einfach nicht machen können!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Warum? Wenn wir die Pauschalen verändern wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, dann müssen wir Vertrauen schaffen, Vertrauen schaffen bei den Kommunen, Vertrauen in die Kindergartenfinanzierung, das Sie kaputt gemacht haben.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt sage ich einmal etwas zu der Frage des Durchpeitschens dieses Gesetzentwurfs durch das Parlament. Tatsächlich hat dieser Gesetzentwurf schon vor dem Referentenentwurf monatelange Vorläufe. In dieser Zeit wurde tatsächlich vom Ministerium und von den regierungstragenden Fraktionen – an der einen oder anderen Stelle hinterließen Sie ja auch traurige Spuren – hier im Land bereits

darüber diskutiert, was notwendige Veränderungen sind, die wir jetzt in dieser zweiten Revisionsstufe tatsächlich anpacken wollen.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Altenkamp ...

Britta Altenkamp (SPD): Deshalb ist das vielleicht für Sie neu. Aber wenn es das Einzige ist, was Sie kritisieren, dann können wir uns ja irgendwie genüsslich zurücklehnen; denn es kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein, dass Sie jetzt über den Zeitplan meckern,

(Beifall von der SPD)

dem Sie übrigens im Ausschuss zugestimmt haben. Das ist ja auch irgendwie nicht zu fassen.

Warum machen wir das so schnell? Weil die Veränderungen und die Verbesserungen, die wir jetzt materiell einführen, so schnell wie möglich auch tatsächlich bei den Kitas ankommen sollen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Frau Kollegin Altenkamp, Herr Kollege Düngel würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Britta Altenkamp (SPD): Welcher Kollege?

Präsidentin Carina Gödecke: Kollege Düngel.

Britta Altenkamp (SPD): Bitte.

Präsidentin Carina Gödecke: Bitte schön, Herr Kollege Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Zunächst einmal möchte ich in meiner Frage darauf hinweisen, dass wir selbstverständlich auch andere Kritikpunkte haben. Aber würden Sie, was das Verfahren angeht, vielleicht einmal erläutern, wie lange der Landtag von der Einreichung des offiziellen Gesetzentwurfs bis zur geplanten Verabschiedung durch den Landtag tatsächlich Zeit hat, also bis zur Verabschiedung des Gesetzes? Wie lang ist der dafür geplante Zeitraum?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, bitte.

Britta Altenkamp (SPD): Ich habe mit keinem Wort gesagt, dass der Zeitplan großzügig sei. Er ist in der Tat ambitioniert und knapp. Aber es ist nicht so, dass es damit nicht möglich ist, die notwendigen inhaltlichen Diskussionen zu führen; denn diese Diskussionen führt der zuständige Fachausschuss permanent. Deshalb sehe ich da keinerlei zusätzliche, neue Information, die in irgendeiner Form entstehen könnte, die wir nicht schon haben.

Jetzt sage ich es ganz ehrlich: Wenn Sie wirklich substanzielle Vorschläge haben – Herr Düngel, ich bin ein bisschen länger in dem Geschäft, gerade im Kitabereich –

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

und sie Ihnen bis jetzt nicht eingefallen sind, dann habe ich wenig Hoffnung, dass da noch etwas passiert, weil dieses Gesetz einfach sehr klare Strukturen hat, die ich nicht gut, sondern nach wie vor fehlerhaft finde. Aber dies wird nichts daran ändern, dass wir jetzt, um tatsächliche Veränderungen hinzubekommen zu können, damit es am 1. August 2014 zum kommenden Kindergartenjahr in Kraft treten kann, hier im Haus zügig beraten müssen.

Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum es so schwierig ist, wenn wir hier einmal zügig beraten. Ich halte es für überhaupt nicht anrühlich, dass ein Parlament sich auch einmal mit einer Sache zügig und vernünftig und ernsthaft beschäftigt, in Zeiträumen, die – das ist klar – kurz und ambitioniert, aber durchaus bewältigbar sind.

(Beifall von der SPD)

Jetzt komme ich noch zu zwei, drei Punkten, die Sie heute kritisiert haben, worauf ich erwidern will. Herr Hafke sagt das ja heute auch nicht zum ersten Mal, selbst wenn die Zuschauer den Eindruck bekommen sollten, Herr Hafke habe das Gesetz gestern zum ersten Mal gesehen.

Es ist tatsächlich so: Herr Hafke kritisiert immer, das Gesetz bilde die tatsächlichen Bedarf nicht ab. Ja, das ist durchaus richtig. Aber es ist kein völlig neuer Tatbestand, denn das ist das, was ich Ihnen, Schwarz-Gelb, immer entgegengehalten habe: Es war eine absolute Rosstäuschung, 25, 35 und 45 Stunden einzuführen und dann zu sagen, damit könnten die Eltern flexibel buchen.

Wir machen jetzt Folgendes: Wir stärken die Wahlfreiheit der Eltern. Es ist nicht mehr so, dass Eltern in einigen Kommunen für ein U3-Kind nur 35 oder 45 Stunden angeboten bekommen, obwohl sie eigentlich gern nur 25 Stunden hätten. Das versuchen wir im Augenblick mit dieser Revisionsstufe ein bisschen zu verbessern. Das, Herr Hafke, wird ganz sicher auch dazu führen, dass es bedarfsgerechter wird; denn gerade Eltern von unter Dreijährigen kommen an der einen oder anderen Stelle zunächst

gar nicht mit dem Wunsch nach langen Betreuungszeiten auf die Träger zu.

Ein weiterer Punkt, Herr Hafke, um es Ihnen zu sagen: Das, was Sie zum Thema Dokumentation dargestellt haben, ist, um es vorsichtig auszudrücken, sachlich falsch. Wenn man den von Ihnen aufgeführten Punkten folgt, dann bedeutet das ja: Sie glauben, dass die Erzieherinnen dies heute in den Kitas nicht machen. – Sie machen das aber.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

SISMIK und SELDAK, die beiden Beobachtungs- bzw. Dokumentationsbögen, werden heute – schauen Sie nach – in 90 % der Einrichtungen angewandt. Insofern kommt keinerlei neue Bürokratie auf die Einrichtungen zu.

Mit dieser Revisionsstufe und der Stärkung des Bildungsauftrags wollen wir erreichen, dass diese Dokumentation und die Begleitung der Kinder in der frühen Phase der Bildung, im frühkindlichen Bereich, ernst genommen wird, gerade im Übergang zur Schule, und dass deutlich wird, welche Bewertung dies hat.

Dann komme ich zur Sprachförderung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines müssen wir hier wohl einmal klarstellen – das scheint tatsächlich eine neue Information zu sein –: Die Fachleute für Sprachförderung in der frühen Bildung in der Kita sind aus Sicht von Rot-Grün die Erzieherinnen. Deshalb schaffen wir Delfin 4 für die Kinder in der Kita ab, Herr Hafke.

Für die anderen Kinder, die nicht in der Kita sind – das sind leider immer noch 10 % –, halten wir das Delfin-4-Verfahren vor. Allerdings sage ich nach wie vor: Damit besteht das Risiko, dass man über den Sprachstand dieser Kinder nicht wirklich etwas erfährt. Man weiß lediglich etwas über die Tagesform eines vierjährigen Kindes, das jetzt gerade vorgeführt wird. Tatsächlich wollen wir aber für die Kinder, die nicht in der Kita sind, dieses Verfahren weiter anwenden lassen.

In der Kita sind die Fachfrauen und Fachmänner für Sprachförderung und Sprachbildung aus unserer Sicht die Erzieherinnen. Deshalb gehen wir so vor.

Meine Damen und Herren, abschließend bleibt zu sagen: Mit dieser Revisionsstufe kommen jetzt noch einmal 100 Millionen € mehr in das System der Kindergartenfinanzierung in Nordrhein-Westfalen. Damit sind wir in der Zwischenzeit so weit, dass Rot-Grün die Kitafinanzierung verdoppelt hat. Wir sind bei über 2 Milliarden €, die in der Kitafinanzierung in Nordrhein-Westfalen stecken. Mit dieser Revisionsstufe sind keine neuen Aufgaben verbunden. Es gibt Entlastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es gibt tatsächlich Verbesserungen – auch finanzielle Verbesserungen.

Um einen weiteren Schritt zu gehen, der notwendig ist, und das Gesetz grundständig zu ändern – des-

halb lautet die Antwort auf die Frage, ob es das war: Nein, das war es nicht –, brauchen wir aber die Diskussion, Unterstützung und Bereitschaft der Träger und vor allen Dingen der Kommunen. Daran, dass das so schwierig geworden ist, ist Schwarz-Gelb schuld, meine Damen und Herren. Das hat uns diese Aufgabe ausgesprochen erschwert. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Altenkamp, ich schätze Ihre Fachlichkeit in der Vergangenheit, insbesondere Ihre klaren Worte zur Kindpauschale in der Vergangenheit. Bei der Bewertung der Vergangenheit sind wir aber unterschiedlicher Auffassung. Ich empfehle Ihnen, den Blick mehr nach vorne zu richten und dabei auch das Prinzip „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ anzuwenden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, bis 2010 haben Sie von Rot-Grün den Kitas den Himmel auf Erden versprochen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Nun halten Sie Ihre Versprechungen nicht. Dass dann Enttäuschungen auftreten, ist doch wohl selbstverständlich.

(Beifall von der CDU)

Ich lasse es Ihnen auch nicht durchgehen, mit Zahlentricksereien die Situation schönzureden. Schließlich sind Sie für das verantwortlich, was wir vor Ort in allen Bereichen Nordrhein-Westfalens erleben: Wir haben überall Provisorien. Wir haben überbeladene Gruppen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Die Krankheitsstände wachsen ständig an. Die Zeiten für Familienberatung sind nicht mehr vorhanden. Dafür sind Sie verantwortlich. Sie regieren hier seit vier Jahren.

Meine Damen und Herren, das ist auch immer eine schöne Methode: Wenn etwas nicht klappt, sind natürlich die Kommunen schuld. Die Kommunen sind schuld? Dann dürfte man ja vielleicht einmal kritisch hinterfragen: Wer ist eigentlich für die finanzielle Situation dieser Kommunen verantwortlich?

(Beifall von der CDU und Marcel Hafke [FDP])

Deutlich wird das auch an folgendem Beispiel: Sie haben 380 Gruppen in Nordrhein-Westfalen im Kin-

dergarten nicht entstehen lassen, obwohl Sie das noch 2013 versprochen haben. Dass diese Gruppen nicht entstanden sind, hat zur Folge, dass die vorhandenen Gruppen jetzt vollgestopft werden. Sie werden überbelegt.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Sie sagen, weil es genehmigt sei, sei das normal. Ich sage: Das ist pädagogisch völlig unanständig und nicht zu vertreten.

(Beifall von der CDU)

Eigentlich habe ich mich aber deshalb gemeldet, weil die Kollegin der Grünen-Fraktion uns mal wieder der Heuchelei bezichtigt hat. Das grenzt tatsächlich an totalen Realitätsverlust.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Ich zitiere die gleiche Kollegin aus der Plenarsitzung vom 27. Mai 2009. Dort hat sie zu den Kindpauschalen gesagt:

„Im Gesetz ist nun vorgesehen, dass sie jedes Jahr um 1,5 % steigen. Die Tarifierhöhungen der letzten beiden Tarifrunden haben aber bereits 3,1 % und dann weitere 2,8 % betragen. ... Wie soll das denn auf die Dauer funktionieren? Das kann doch nur dazu führen, dass wir auf die Dauer noch weniger Personal statt mehr Personal haben, ...

Eines ist vollkommen klar: Das Kinderbildungsgesetz bietet in seiner derzeitigen Fassung keine Grundlage für eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher.“

Jetzt frage ich Sie: Was machen Sie da? 2009 haben Sie dieses gesagt. Trotzdem haben Sie nichts zur besseren Bezahlung von Erzieherinnen getan, gar nichts!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich zitiere die Frau Kollegin weiter:

„Wenn Sie es nämlich wirklich ernst meinen würden mit den Forderungen nach besserer Bezahlung, dann würden Sie den Trägern die notwendigen Mittel dafür bereitstellen. Wenn Sie es ernst meinen, dann bessern Sie bitte deutlich bei den Kindpauschalen nach!“

Und was machen Sie jetzt? Vier Jahre tun Sie nichts, gar nichts.

(Beifall von der CDU und Marcel Hafke [FDP])

2009 den Mund voll zu nehmen und uns jetzt Heuchelei vorzuwerfen, das ist eine Unverschämtheit!

(Beifall von der CDU und Marcel Hafke [FDP])

Ich könnte aus der gleichen Sitzung noch einiges mehr zitieren. Gerne hätte ich das vorgetragen. Die Zeit habe ich aber nicht dafür.

Ich lese Ihnen aber noch ein Zitat von der Homepage der Grünen-Fraktion vor. Dort wird von Andrea Asch als verantwortlicher Sprecherin für Familien- und Kinderpolitik zum Zeitablauf wie folgt Stellung bezogen:

Die Gespräche zwischen SPD-Fraktion, Ministerium und uns zu den Inhalten eines neuen Gesetzes laufen seit Langem. Es konnte aber noch immer kein Durchbruch erzielt werden. Daher ist der Zeitplan eines Inkrafttretens zum 01.08.2014 aus grüner Sicht nicht einzuhalten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wann war das denn?)

– Das war bereits im Juli 2013.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist fast ein Jahr her!)

– Frau Kollegin, damals haben Sie das gesagt. Und heute sagen Sie, das Parlament habe Zeit genug, über diese Angelegenheiten zu beraten. Aber Sie können ja selber lesen, hoffe ich. Lesen Sie die Protokolle Ihrer Ausführungen vor 2010 nach. Sie müssen sich schämen, heute hier aufzutreten und alles gutzuheißen.

(Beifall von der CDU und Marcel Hafke [FDP])

Im Übrigen sage ich Ihnen deutlich: Es ist auch unanständig, sich Diskussionen mit dem Argument zu entziehen, man müsse noch einen Zug erreichen, obwohl anschließend noch genügend Züge fahren. Das war auch eine Unverschämtheit in Meschede.

(Beifall von der CDU und Marcel Hafke [FDP])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Die Argumentation des CDU-Abgeordneten Tenhumberg grenzt an Schizophrenie; anders kann man das nicht bezeichnen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CDU: Unglaublich! – Weitere Zurufe)

– Bitte lassen Sie mich sprechen. – Einerseits haben Sie uns dargelegt, dass Sie keinen Verbesserungsbedarf an Ihrem Kinderbildungsgesetz sehen. Zum anderen werfen Sie uns vor, die notwendigen Reformschritte, die wir gehen, seien unzureichend. Herr Tenhumberg, wo ist denn Ihr Haushaltsansatz,

mit dem Sie mehr Ressourcen in die Kitas bringen wollen?

(Marcel Hafke [FDP]: 150 Millionen €! Beitragsfreiheit!)

Im Gegenteil: Sie haben bei den Haushaltsberatungen im Jahr 2011 die Mittel, die wir eingestellt haben, per Antrag zurücknehmen wollen. Das ist die Realität der CDU-Politik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CDU: Ablenkungsmanöver!)

Zweitens haben Sie für alle freiwilligen Leistungen eine 20-%-Sperrung erheben wollen. Das sind 119 Millionen € jährlich, die Sie der Kinder- und Jugendarbeit entziehen. Auch das ist CDU-Politik.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist in höchstem Maße heuchlerisch und schizophren.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Tenhumberg zulassen?

Andrea Asch (GRÜNE): Ja, gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Kollegin, vielen Dank, dass Sie diese Zwischenfrage zulassen. Ich darf darauf hinweisen, dass wir in den vergangenen Monaten einen Antrag im Parlament diskutiert haben, den Sie kennen und in dem wir die Verbesserungsvorschläge quantitativ und qualitativ vorgebracht haben.

Ich würde Sie aber gerne etwas fragen und auf ein Zitat hinweisen. Bitte nennen Sie mir, wo Sie den Verbesserungsansatz sehen. Ich zitiere Ihre eigene Aussage:

„Wir hören von den Erzieherinnen und müssen feststellen, dass die gesundheitlichen Belastungen enorm sind. Die Nerven und Ohren leiden unter Lärm, der oft den eines startenden Flugzeugs übersteigt. Die Rücken leiden unter dem ständigen Heben und Tragen von Kindern, dem häufigen Bücken und dem zusammengefalteten Sitzen auf kleinen Kinderstühlchen.“

Ich frage Sie: Was haben Sie dieser dramatischen Situation in dieser Gesetzesvorlage entgegensetzen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Kollegin.

Andrea Asch (GRÜNE): Der Unterschied zwischen CDU-Politik und rot-grüner Politik ist,

(Zuruf von der CDU: Oh!)

dass wir das umsetzen, was wir hier fordern und was für Kindertagesstätten wichtig ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lachen von der CDU und den PIRATEN)

– Sie können das in den Haushalten nachlesen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Nur Beleidigungen haben Sie vorgetragen! Unglaublich! – Weitere Zurufe)

– Wenn Sie mich ausreden lassen, könnte ich auch auf die Frage des Kollegen antworten.

Wir von Rot-Grün haben 390 Millionen € seit der Regierungsübernahme 2010 für die Kitas bereitgestellt – das ist unsere Realität –, während die CDU-Fraktion den Kitas die Ressourcen kürzen will.

(Zurufe von der CDU)

Weitere 100 Millionen € sind jetzt für diesen Revisionschritt vorgesehen. Das ist eine deutliche Sprache.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Sie haben die Frage von Herrn Tenhumberg noch nicht beantwortet!)

Von der CDU-Fraktion sind weder konstruktive Vorschläge gemacht worden, noch ist Geld in diesen Bereich geflossen. Das ist die Realität in diesem Hause.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich relativ kurzfassen, weil ich nur noch sehr wenig Zeit habe. Deshalb möchte ich auf etwas Grundsätzliches eingehen. Worum geht es hier überhaupt? Das Ganze nennt sich Kinderbildungsgesetz. Im Gesetz kommen die Kinderrechte nicht vor bzw. nur an einer einzigen Stelle, bei § 13 Abs. 6, werden sie irgendwo erwähnt. Ich vermisste sie im gesamten Gesetz völlig.

Dazu schlägt die freie Wohlfahrtspflege in ihrer Stellungnahme vor, das in einem eigenen Absatz zu regeln, um die Deutlichkeit herauszustellen. Diese Stellungnahme zum Referentenentwurf wurde von der freien Wohlfahrtspflege eingebracht, aber nicht berücksichtigt. Ich schätze, dass die Regierung in weiteren Gesprächen ähnlich beratungsresistent sein wird.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist jetzt schon vorbei.

(Heiterkeit von der CDU)

Olaf Wegner (PIRATEN): Ich komme zum Schluss, möchte aber noch eines zu Herrn Jörg sagen: Ja, ich finde es auch unerträglich, dass das soziale Gefüge, aus dem ein Mensch kommt, über seine Bildung entscheidet. Aber ich finde es genauso unerträglich, wenn Pseudoanstrengungen hier als gute Tat verkauft werden.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wie soll denn diese halbe Stelle pro Kita unser unfaires Bildungssystem ausgleichen? Das kann mir niemand erklären. Die halbe Stelle ist ein Witz; man könnte sie auch weglassen. Die Anstrengungen gehören an eine andere Stelle. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Anfang meines zweiten Redeblocks ist mir ausgesprochen wichtig zu betonen, wie viel Wert ich darauf gelegt habe, gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und gemeinsam mit den Kommunen und mit den Trägern das Vertrauen in die Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung wiederherzustellen, das verloren gegangen war, als wir dieses Politikfeld 2010 übernommen haben.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen ganz ausdrücklich danken, die nicht müde waren, diese Diskussion im Land zu führen und mit dafür zu streiten, dass wir unsere frühkindliche Bildung verbessern und das auch gesetzlich begleiten.

Ich möchte einen ausdrücklichen Dank an mein Haus formulieren, das inzwischen zu allen Jugendämtern in Nordrhein-Westfalen eine so enge Beziehung hat, dass man mit Fug und Recht sagen kann: Wir wissen sehr genau, worüber wir in Nordrhein-Westfalen reden. Wir wissen sehr genau, was zu tun ist, wo die Defizite liegen und wo man weitere Entwicklungen positiv begleiten kann.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen [GRÜNE])

Nicht zuletzt haben auch die drei Krippengipfel dazu beigetragen, die ich mit allen Verantwortlichen und allen Beteiligten durchgeführt habe, weil ich es leid war, ewig Schuldzuweisungen zu hören. Ich habe gesagt: Wir können diese große Herausforderung der Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung nur gemeinsam schaffen.

Und, meine Damen und Herren, ich finde, man kann mit Fug und Recht sagen: Wir haben sehr viel geschafft, auch wenn es nicht das Optimum ist – das will ich gar nicht bestreiten –, was sich vielleicht jeder wünscht. Trotzdem kann man mit Fug und Recht sagen, dass wir an entscheidenden Stellen Dinge verbessert haben, die viel mit Qualität zu tun haben.

Da geht es zum Beispiel um die personelle Situation in den Kindertageseinrichtungen. Wenn sich Nordrhein-Westfalen bei der Erzieher-Kind-Relation jetzt im oberen Drittel bewegt, dann hat das unter anderem mit den Maßnahmen zu tun, die wir in diesen vier Jahren für die Kindertageseinrichtungen ergriffen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun hier zu sagen, wir würden die Probleme im Kindergarten verstärken, das ist ein Realitätsverlust, den ich dieser Opposition in der Tat nicht zugetraut hätte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, da fällt mir immer wieder diese eine Formel für unsere politische Arbeit ein – die bildet sich jetzt seit vier Jahren ab –: Die CDU beschwört Probleme in der frühkindlichen Bildung. Wir lösen die Probleme. – Schwierig wird es nur immer dann, wenn Sie Probleme beschwören, die es gar nicht gibt. Die können wir in der Tat auch nicht lösen, und das wollen wir auch nicht.

Ich will dies an einem Beispiel deutlich machen – das geht allerdings mehr gegen die FDP –: Herr Hafke, Sie haben hier umfänglich ausgeführt, wie sehr die sprachliche Bildung und die alltagsintegrierte Sprachbildung angeblich die Erzieherinnen und Erzieher zusätzlich belastet. Ich kann mich daran erinnern, dass die Erzieherinnen und Erzieher immer gesagt haben: Wir haben die Kompetenz in der sprachlichen Bildung in den Kitas. Wir brauchen keinen punktuellen Test. Wir kennen die Kinder. – Diese Kompetenz haben sie seit Jahren eingesetzt, weil die Beobachtung und Dokumentation nicht heute vom Himmel fällt und auch nicht in diesem Gesetz zum ersten Mal angewendet wird, sondern in den Kindertageseinrichtungen Alltag ist.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das Einzige, was wir verändern werden, sehr geehrter Herr Hafke, ist Folgendes: Wir wollen uns jetzt, um eine qualifizierte Beobachtung in der Entwicklung der Sprachfähigkeit der Kinder zu bekom-

men, auf Dokumentationsverfahren konzentrieren. Wir bieten zwei, drei unterschiedliche Dokumentationsverfahren und Beobachtungsbögen an, von denen der eine schon im Großteil der Kitas angewendet wird. Ich weiß nicht, ob Sie ihn schon einmal in der Hand gehabt haben. Wenn nicht, empfehle ich Ihnen: Lesen Sie ihn einfach mal! Dann wissen Sie, worüber Sie reden. Das ist ein erprobtes Verfahren, das wir weiterentwickeln werden.

Und jetzt kommt der entscheidende Punkt: Wir geben zu den Geldern, die wir für Sprachförderung ausgeben, weitere 5 Millionen € für Qualifizierung des Personals in den Kitas aus. Diese Qualifizierung werden wir systematisch in die Fläche des Landes ausbringen. Wenn Sie hier suggerieren, mit diesem Kinderbildungsgesetz müsste in einem Monat eine substanzielle Veränderung einhergehen, dann ist das schlicht und einfach falsch.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann nur annehmen, dass es für eine Kindertageseinrichtung kein Problem ist, eine zusätzliche Personalstelle unterzubringen. Ich weiß nicht, ob das ein schwieriges Problem ist. Ich kann Ihnen nur sagen, dass es für die Zeit der alltagsintegrierten Sprachbildung und das Einsetzen dieses Prozesses ein Kindergartenjahr lang Zeit gibt, in dem wir diesen Prozess mit Qualifikation, Fortbildung, Materialien begleiten.

Und wir machen noch eins: Wir begleiten diesen Prozess kontinuierlich wissenschaftlich, lassen ihn auswerten und werden anhand dieser Auswertung immer wieder überlegen, ob man Dinge verändern, verbessern kann. Das heißt, es ist ein dynamischer Prozess, den wir mit den Erzieherinnen und Erziehern in Nordrhein-Westfalen begleitend umsetzen werden.

Jetzt noch etwas zum Zeitpunkt des Gesetzentwurfs. Wie müssen Sie sich damit beschäftigen? Seit wann haben Sie eigentlich davon gewusst? Dieser Gesetzentwurf ist ja heute nicht zum ersten Mal auf den Tisch des Hauses gelegt worden, sondern er ist seit Dezember letzten Jahres bekannt. Und wir bewegen uns, glaube ich, in einem geordneten Verfahren, das auch im Ausschuss verabredet worden ist. Dafür bedanke ich mich noch einmal. Frau Kollegin Altenkamp hat gesagt, es sei ambitioniert. Ich glaube – ich schaue auf die Tribüne –, die Menschen erwarten auch, dass wir an der einen oder anderen Stelle Druck machen, damit Dinge, die am 1. August für Familien und für Kinder wirklich gut zum Einsatz kommen können, dann auch ihre Wirkung entfalten.

Und da, Herr Düngel, bin ich für Ihren sehr differenzierten Beitrag dankbar. Es gibt immer Licht und Schatten. Aber ich glaube, zu den vier Jahren unserer Regierungszeit kann man mit Fug und Recht sagen: Wir haben finanziell Einiges investiert. Wir haben zeitlich Einiges investiert. Wir haben die

Quantität verbessert, und wir haben die Qualität verbessert. Dieses tun wir Hand in Hand, und wir lassen uns das auch nicht von der Opposition kleinreden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil mich Herr Tenhumberg ein bisschen provoziert hat. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten sehr viele Veranstaltungen gemacht. Ich habe bei den Veranstaltungen sicherlich mehrere Hundert Erzieherinnen zu Gast gehabt und mich mit ihnen ausgetauscht. Es gibt viele – das ist so; das weiß auch jeder hier im Raum –, die sagen: Das reicht noch nicht. Wir brauchen mehr. Da fehlt es, da fehlt es, da fehlt es. – Aber es gibt niemanden, der sagt, dass die Schritte, die wir jetzt machen, nicht richtig sind, um es einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall von der SPD)

Lieber Herr Tenhumberg von der Opposition, ich kann Ihnen nur sagen: Ihr Stand bei den Kolleginnen und Kollegen ist ganz weit unten. Bis Sie bei den Kolleginnen und Kollegen und bei den Eltern, die Sie haben hängen lassen, wieder Vertrauen gewonnen haben, das wird eine Zeit lang dauern. Es ist nämlich – da kann ich das wiederholen, was meine Kollegin Asch gesagt hat – in der Tat heuchlerisch, wenn man auf der einen Seite sagt: „Wir müssen etwas für die Erzieherinnen tun. Wir müssen da unbedingt Geld investieren“, und auf der anderen Seite in den Haushaltsplanberatungen jeden einzelnen Schritt abgelehnt hat. Das ist heuchlerisch!

(Beifall von der SPD)

Ich glaube, dass die Kolleginnen und Kollegen vor Ort das auch sehr genau wissen. Deshalb wäre es gut, wenn Sie sich konstruktiv einbringen würden, wenn Sie die Zeit, die für die fünf, sechs Veränderungspunkte hinreichend vorhanden ist, nutzen würden, um darüber zu diskutieren und sie zu reflektieren.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Tenhumberg zulassen?

Wolfgang Jörg (SPD): Ja, sicher.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Lieber Kollege Wolfgang Jörg, ich hatte ja in meiner ersten Rede ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ich auch in der SPD noch einige nachdenkliche Politiker sehe. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mit mir der Auffassung sind – das haben Sie ja gerade bestätigt –, dass die Schritte, die im Gesetzentwurf aufgezeigt werden, nicht ausreichen, um die versprochene Qualität zu erreichen.

Ich habe eine Frage, die sich auf die Ankündigung der Ministerin bezieht, sie würde 5 Millionen € für die Qualifizierung von Erzieherinnen bereitstellen. Sind Sie mit mir der Meinung, dass diese 180 € pro Gruppe pro Jahr nicht ausreichend sind?

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Ich glaube, was wir gerade machen, lieber Bernhard Tenhumberg, ist ein Paradigmenwechsel. Wir gehen einen neuen Weg, wir schlagen eine neue Richtung ein und bekommen dafür viel Unterstützung vonseiten der Erzieherinnen und der Träger. Und ich glaube, wir müssen diesen neuen Weg Schritt für Schritt beschreiten. Deshalb sind diese 5 Millionen € eine gute Strategie und ein Schritt in die richtige Richtung. Aus diesem Grund kann ich das nur begrüßen.

Ich möchte noch einmal auf die Äußerungen von Herrn Wegner eingehen. Herr Wegner, Sie ignorieren im Prinzip, dass jede Hand in der Kita hilft. Und wenn wir jetzt 100 Millionen € in die Hand nehmen und damit Stellen schaffen, also zusätzliche Hände in die Kita kommen, dann können diese Hände viel bewegen und bewirken. Ich bitte Sie darum, das nicht zu unterschätzen. Denn die Kolleginnen und Kollegen leisten eine hervorragende Arbeit in den Einrichtungen. Selbstverständlich kann man mit den Mitteln auf eine Chancengleichheit hinwirken.

Sehr verehrte Damen und Herren, meine Redezeit ist zu Ende. Wir treffen uns jedoch nicht zum letzten Mal, um das Gesetz weiter zu verbessern. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/5293** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** – federführend –, an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer dem seine Zustimmung geben

kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

2 Neustart in der Wissenschaftspolitik notwendig – zerstörtes Vertrauen nach Gehälteraffäre und ungenügendem Gesetzentwurf wiedergewinnen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5271

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5414

in Verbindung mit

Rektorengehaltsaffäre: Skandal lückenlos aufklären, Rechtsverletzungen nicht verharmlosen, sondern konsequent ahnden und vorbeugen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5287

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Dr. Berger das Wort.

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Betrachtet man die Personen, die in den vergangenen Jahrzehnten das Amt des Wissenschaftsministers bzw. der Wissenschaftsministerin innehatten, von Frau Brunn über Frau Kraft bis hin zu Herrn Pinkwart, dann stellt man fest, dass jede dieser Personen zu einer Verbesserung der Situation der Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen beigetragen hat.

Mit Ihnen, Frau Schulze, befindet sich nun eine Person an der Spitze des Ministeriums, die erstmals an einer Degeneration des Wissenschaftssystems arbeitet.

(Beifall von der CDU)

Nach dreieinhalb Jahren rot-grüner Wissenschaftspolitik sind positive Schlagzeilen über den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen mittlerweile Mangelware. Sie haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der von den Studierenden, den Hochschulleitungen, den Professoren, den Senaten, den Hochschulräten, den Studentenwerken und der Wirtschaft massiv kritisiert wird. In bisher noch nicht dagewesener Deutlichkeit wehrt sich ein breites Bündnis gegen den Entwurf, der von Misstrauen, Bevormundung und bürokratischem Steuerungswillen geprägt ist.